

# NIEDERSCHRIFT HFA/008/2010

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 07.12.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses.**

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer  
Herr Florian Heuermann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Thomas Tauber  
Frau Margarete Köhler

Vertretung für Herrn  
Hans-Jürgen Dittrich

Herr Ulrich Schlieker  
Herr Helmut Knüwer

Vertretung für Herrn  
Hubert Maas

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Herr Martin Struffert  
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Fehmer beantragt die Erweiterung der nichtöffentlichen Tagesordnung um den Punkt „Vertragsangelegenheiten mit der RVM“. Aus seiner Sicht gebe es neben der Beratung in öffentlicher Sitzung auch nichtöffentlichen Beratungsbedarf.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

## TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

### 1. **Anbringung von blauen Wildwarnreflektoren zur Vermeidung von Wildunfällen**

Anhand von statistischen Unterlagen der Kreispolizeibehörde erläutert Herr Messing, wo sich die Wildunfallsschwerpunkte befinden. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, dass die Jagdgenossenschaften die Anträge auf Anbringung der Reflektoren stellen und mit dem Landesbetrieb entsprechende Gestattungsverträge abschließen. Der Vorsitzende der Kreisjägerschaft habe auf Nachfrage seine Bereitschaft erklärt, die Gespräche zur Anbringung der Wildwarnreflektoren mit dem Landesbetrieb, den Jagdpächtern und dem Sponsor gemeinsam mit der Verwaltung zu koordinieren. Die Anbringung der Reflektoren sollte von den Jägern übernommen werden.

Herr Fehmer stellt heraus, dass nie die Rede davon gewesen sei, dass die Stadt tätig werden oder sich finanziell einbringen soll. Die Kreisjägerschaft sollte die Anbringung der Reflektoren mit dem Straßenbaulastträger besprechen und die Kosten ermitteln.

Herr Tauber führt an, dass der Fraktionsantrag vom Rat an den Bezirksausschuss zur Vorberatung verwiesen wurde, was für ihn auch die Beschlussfassung beinhalte. Dem Bezirksausschuss habe die Übersicht über die Unfallschwerpunkte nicht vorgelegen. Nach seiner Meinung müsse die Angelegenheit deshalb nun an den Bezirksausschuss zurück gegeben werden.

Es ergibt sich eine Erörterung über die Beratungsfolge. Schließlich wird die Auffassung vertreten, dass eine erneute Beratung im HFA nicht mehr erfolgen müsse, weil sich keine finanziellen Auswirkungen für die Stadt ergeben. Einigkeit besteht darin, dass die Verwaltung die entsprechenden Gespräche mit den Beteiligten aufnimmt und hierüber im Bezirksausschuss berichtet.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

### 2. **Aufhebung des "Vertrages über die Einrichtung und Durchführung eines Stadtlinien- und Schülerspezialverkehrs" mit der RVM und Abschluss einer Nachfolgeregelung zur übergangsweisen Sicherstellung des Stadtlinienverkehrs mit dem Kreis Coesfeld für 2011**

Herr Messing erläutert den Sachverhalt und stellt u. a. heraus, dass Hintergrund für die Änderung, der Wechsel der Aufgabenträgerschaft sei. Nicht mehr die kreisangehörigen Kommunen, sondern der Kreis Coesfeld sei Aufgabenträger, wobei die Kommunen bestimmen können, wo und wie die Busse im Ortslinienverkehr eingesetzt werden. Die Auflösung des Vertrages über die Durchführung des Ortslinienverkehrs müsse die Stadt Billerbeck bis Ende 2010 beschließen. An den Kosten solle sich für 2011 nichts ändern. Die entsprechenden Beträge werden in gleicher Höhe an den Kreis Coesfeld weitergeleitet. Für die Jahre ab 2012 werde der

Kreis Coesfeld versuchen, einen neuen Abrechnungsschlüssel zu finden. Die Leistungen, die der Kreis für die Orte bezahle, sollen zukünftig neu ausgeschrieben werden. Die meisten Leistungen möchte der Kreis als Aufgabenträger an die RVM im Direktvergabeverfahren vergeben. Diesbezüglich sei im Moment ein Klageverfahren anhängig. Wenn eine solche Inhouse-Vergabe rechtlich nicht möglich sei, müsse eine EU-weite Ausschreibung erfolgen und dann wären die regionalen Busunternehmen nicht mehr im Boot.

Herr Fehmer geht davon aus, dass die Schülerbeförderung nicht unter diese „Regelungsflut des Kreises“ fällt und die Stadt Billerbeck eigenständig die Schülerbeförderung organisieren könne. Künftig werde es u. a. wegen des Nachmittagsunterrichtes andere Bedarfe geben und die Linie Billerbeck-Beerlage sei sowieso in einem extra Vertrag geregelt.

Herr Messing erläutert, dass die Stadt grundsätzlich den eigentlichen öffentlichen Linienverkehr in einen Freistellungsverkehr ändern könne. Die eigentliche Beauftragung des Freistellungsverkehrs erfolge über den Kreis. Die Stadt Billerbeck könne eigenständig einen reinen Schülerverkehr, der ausschlieÙe, dass andere Personen mitfahren, organisieren, wobei dann möglicherweise auf die Zuschüsse verzichtet werde. In dieser Entscheidung sei man frei, allerdings könne eine Umstellung auf einen Schülerverkehr in Eigenregie der Stadt erst ab 2012 erfolgen.

Dadurch dass der Vertrag ohnehin gekündigt und neu abgeschlossen werde, so Frau Dirks, sei man in der Lage, den Schulbusverkehr in Eigenregie neu zu organisieren. In Olfen sei der Schulbusverkehr ebenfalls neu organisiert worden. Die Schüler seien hierfür mit einem Chip ausgestattet worden. Der Bürgermeister von Olfen, Herr Himmelmann, werde ihr das Konzept demnächst vorstellen.

Auf Nachfrage von Herrn Knüwer, ob schon bekannt sei, wie der Kreis die Kosten umlegen wolle, teilt Herr Messing mit, dass es Überlegungen gebe auf der Grundlage der gefahrenen Kilometer abzurechnen. Diese Kilometer würden dann auf die einzelnen Linien und Orte herunter gebrochen. Hier sei man noch nicht weiter eingestiegen. Die Umlegung der Kosten sei aber problematisch, weil es auf den Linien unterschiedliche Standards gebe (Schnellbuslinien, Einsatz von Doppeldeckerbussen).

Frau Mollenhauer moniert, dass jetzt eilig ein seit 1988 geltender Vertrag aufgehoben und ein neuer beschlossen werden soll. Was seit 22 Jahren Bestand habe, könne heute Abend nicht einfach übers Knie gebrochen werden. Da seitens der CDU-Fraktion hier noch Klärungsbedarf bestehe, sei zu Beginn der Sitzung die Erweiterung der nichtöffentlichen Tagesordnung beantragt worden. Gerade die Schülerbeförderung sei ortsspezifisch geregelt. Sie bezweifle, dass es gut ist, diesen über den Kreis laufen zu lassen.

Herr Schlieker befürchtet eine Konkurrenz der Kommunen, wenn ab 2012 u. U. spitz abgerechnet werde. Jede Kommune stehe unter Spitzzwang. Er bittet die Verwaltung im Blick zu behalten, dass trotz der Spitzabrech-

nung ein Verkehrsnetz möglichst auch auf Kreisebene erhalten bleibt. In diesem Zusammenhang weise er darauf hin, dass z. B. die Bürger von der Beerlage keine Beförderungsmöglichkeit in den Kreis Steinfurt haben.

Herr Tauber teilt die kritische Meinung von Frau Mollenhauer hinsichtlich der Dringlichkeit. Die Verwaltung habe heute mündlich vorgetragen und die Informationen aus nichtöffentlicher Sitzung fehlten noch. Er könne die zeitliche Bredouille zwar nachvollziehen, könne sich hiermit aber nicht einverstanden erklären. Erinnern könne er sich aber noch an die leidenschaftlichen Diskussionen im Schulausschuss bzgl. der Haltestellen beim Schulbusverkehr. Es könne nicht richtig sein, wenn hierüber nicht mehr vor Ort entschieden werden könne. Deshalb halte er es für zwingend erforderlich, dass der Schulbusverkehr in Eigenregie der Stadt Billerbeck durchgeführt wird.

Frau Dirks fasst zusammen, dass es offensichtlich noch Informationsbedarf gebe und deshalb heute kein Beschluss gefasst werden kann. Die Beschlussfassung soll in der nächsten Ratssitzung erfolgen.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass in der Einladung irrtümlich unter Punkt 3 als Unterpunkt die Vorberatung des Hebesatzes für die Grundsteuer A vorgesehen ist. In der der Einladung beigelegten Sitzungsvorlage sei dagegen der richtige Unterpunkt „Erlass einer Hebesatzsatzung“ angeführt. Er fragt nach, ob angesichts dieses Fehlers heute rechtssicher vorberaten werden könne.

Frau Dirks weist darauf hin, dass zu Beginn der heutigen Sitzung die form- und fristgerechte Einladung festgestellt worden sei. Der Punkt „Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2011“ stehe auf der Tagesordnung der Einladung zwar mit einer falschen Erläuterung. Unter diesem Punkt werde aber auf die Sitzungsvorlage verwiesen, die mit der richtigen Erläuterung versehen sei.

Nach kurzer Diskussion über die Rechtssicherheit der Beschlussfassung sagt Frau Dirks zu, bei der Kommunalaufsicht nachzufragen.

### **3. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2011; hier: Erlass einer Hebesatzsatzung**

Frau Dirks verweist auf die Vorberatungen und die Beispielrechnungen, die wie vom Ausschuss gewünscht, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Vorgeschlagen werde, die 3 Hebesätze jeweils um 10% zu erhöhen. Zur allgemeinen finanziellen Lage gebe es weiterhin keine neuen

Erkenntnisse. Der Kreis Coesfeld werde seinen Haushalt in der nächsten Sitzung einbringen, wobei sich auch der Kreishaushalt im Wesentlichen auf alte Planungsdaten beziehe. Der Landrat habe gestern in der Bürgermeisterkonferenz ein Eckpunktepapier angekündigt, das aber noch auf sich warten lasse.

Herr Melzner zeigt anhand verschiedener Beispielrechnungen wie sich die Erhöhung der verschiedenen Hebesätze unter Berücksichtigung der 10%-igen Senkung der Müllgebühren auf die Steuerpflichtigen auswirkt.

Herr Schlieker hält es für unredlich, die Steuererhöhungen mit der Senkung der Müllgebühren zu verrechnen. Die Beträge könnten für 2011 noch zutreffen, für die Jahre danach seien aber die Steuerhebesätze und die Müllgebühren noch nicht bekannt. Insofern handele es sich um Augenwischerei.

Herr Dr. Meyring erinnert an die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten, in der er der bereits diese Gegenrechnung kritisiert habe, indem er der Verwaltung unterstellt habe, dass sie mit dem Hinweis auf die reduzierten Müllgebühren die Steuererhöhung schmackhaft machen wolle. Außerdem sollte berücksichtigt werden, dass die Reduzierung der Müllgebühren auch deshalb möglich gewesen sei, weil die Gebührenrechnung 2011 durch einen Überschuss aus Vorjahren entlastet werden konnte. Er gebe Herrn Schlieker recht, dass man ehrlich sagen müsse, dass sich die Steuern um 10% erhöhen und sollte diese Tatsache nicht mit der Gegenrechnung von Müllgebühren schön reden.

Herr Melzner hält die Gegenrechnung nicht für unredlich, da auf dem Steuerbescheid 2011 hintereinander die ggf. neuen Steuern sowie die niedrigeren Abfallbeseitigungsgebühren angeführt werden.

Herr Kleideiter spricht sich ebenfalls dafür aus, klar und deutlich zu sagen, dass die Steuern erhöht werden.

Herr Tauber erinnert daran, dass er im HFA zum einen die Transparenz für die Bürger gefordert und zum anderen deutlich gemacht habe, dass Steuererhöhungen nur das letzte Mittel sein dürfen. Die Transparenz erreiche man nicht durch Taschenspielertricks, wie die von der Verwaltung aufgemachte Gegenrechnung.

Herr Knüwer gibt zu bedenken, dass die Steuern seit 2003 nicht mehr erhöht wurden und jetzt nur maßvoll angehoben werden sollen. Diese maßvolle Erhöhung halte er für gerechtfertigt. Wenn Billerbeck in die Haushaltssicherung abrutsche, werde man sowieso zur Steuererhöhung gezwungen. Insofern trage er die vorgeschlagene Steuererhöhung mit.

Herr Geuking macht deutlich, dass er grundsätzlich gegen Steuererhöhungen sei. Dadurch werde Billerbeck zu einer Wegzug-Gemeinde. Neue Gewerbebetriebe würden sich wegen der zu hohen Hebesätze nicht mehr in Billerbeck ansiedeln. Die Notwendigkeit der Steuererhöhung sehe er

nicht, weil noch nicht alle anderen Einnahmequellen geprüft wurden. Er sehe noch Beratungsbedarf. Zur nachhaltigen Verbesserung der Einnahmesituation sollte man sich Zeit nehmen und parteiübergreifend nach Möglichkeiten suchen. Die SG habe in einer Anregung aufgezeigt, welche anderen Einnahmequellen es noch gebe.

Herr Fehmer führt an, dass in der Niederschrift über die letzte Bezirksausschusssitzung festgehalten wurde, dass Herr Schulze Brock gesagt habe, ihm würde nicht bei den Beträgen bange, sondern es würden die falschen Signale gesetzt. Von nicht bange sei aber nicht die Rede gewesen.

Bei dieser Gelegenheit wolle er zwei Punkte ansprechen. Bitter aufgestoßen seien ihm die fehlenden Daten und Zahlen des Landes, während von den Kommunalpolitikern erwartet werde, dass sie im vorausseilenden Gehorsam die Steuersätze erhöhen. Es sei nicht in Ordnung, was ihnen da vom Bund und Land aufgebürdet werde.

Des Weiteren habe er sich am Wochenende über die Stellenausschreibung der Verwaltung geärgert. Er könne sich daran erinnern, im Rahmen der Stellenplanberatung über ein entsprechendes Budget diskutiert zu haben.

Im Übrigen werde man wohl nicht darum herum kommen, dass immer noch ein Defizit von rd. 730.000,-- € verbleibt. Aber vor dem Hintergrund der fehlenden Daten und Fakten des Landes wisse er nicht, ob Steuererhöhungen das richtige Zeichen sind. Nach seinen Informationen soll am 15. Dezember 2010 der Kreishaushalt eingebracht werden, die Ratssitzung finde einen Tag später am 16. Dezember 2010 statt. Außerdem gebe es noch Unsicherheiten bzgl. der Rechtssicherheit wegen der Formulierungen in der Einladung. Er tue sich deshalb schwer, heute einen endgültigen Beschluss zu fassen.

Herr Melzner weist darauf hin, dass er vom Städte- und Gemeindebund ein Schreiben des Innenministers (**Anlage 1**) übermittelt bekommen habe, wonach mit der ersten Hochrechnung zum Finanzausgleich nicht vor Anfang Februar 2011 zu rechnen ist. Deshalb sei im Nachhinein die aufgrund der Einführung des NKF vorgenommene Terminierung für den Haushaltsplan (Einbringung Ende Januar/Verabschiedung Anfang März) auch aus Sicht des Finanzausgleichs in Ordnung. So können die aktuellen Grundlagen für die Kreisumlage und die Schlüsselzuweisungen im Beratungsverfahren berücksichtigt werden.

Zusätzlich beachtet werden sollte aber, dass das Defizit in 2009 rd. 2,2 Mio € betragen habe und dieses aufgeholt werden müsse. Auch in diesem Jahr werde das Defizit nicht weit unter 2 Mio € liegen. Insofern bestehe akuter Handlungsbedarf.

Herr Fehmer erklärt, dass er sich heute der Stimme enthalten werde, in der Hoffnung im Rat am 16. Dezember 2010 Informationen bzgl. des Kreishaushaltes zu bekommen. Außerdem wolle er deutlich machen, dass von ihm verlangt werde mit Zahlen zu jonglieren, während andere ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.

Herr Tauber merkt an, dass er den Steuererhöhungen bereits zugestimmt

habe, allerdings unter der Voraussetzung, dass dies die allerletzte Möglichkeit ist. Und da allein fehle ihm der Glaube, wenn er die Stellenausschreibung der Verwaltung in der Zeitung lese oder seitens der Ausschussmitglieder auf Einsparmöglichkeiten bei dem Beerlager Bus hingewiesen wird. Es sei Aufgabe der Verwaltung solche Dinge aufzuzeigen. Heute sei man nicht weiter als in der letzten HFA-Sitzung, man stochere im Nebel. Deshalb sehe er es genauso wie Herr Fehmer, dass ein Beschluss frühestens in der Ratssitzung gefasst werden kann, wobei ihm klar sei, dass ein Beschluss noch in diesem Jahr gefasst werden müsse.

Sie habe bereits deutlich gemacht, so Frau Dirks, dass die Sachkosten um rd. 300.000,- € reduziert und alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft wurden. Im Übrigen sei keine zusätzliche Stelle ausgeschrieben worden. In einem Fachbereich sei eine Stelle durch Altersteilzeit frei geworden. Diese Stelle sei mit einer Mitarbeiterin aus einem anderen Fachbereich besetzt worden. Die hierdurch frei gewordene Stelle werde durch Stundenaufstockungen vorhandener Mitarbeiter und Einstellung einer Halbtagskraft wieder besetzt.

Herr Heuermann fragt nach, ob im Hinblick auf die Gebührenbescheide eine Beschlussfassung über die Hebesätze auf den Januar verschoben werden kann.

Frau Dirks erläutert, dass der Kreis seinen Haushalt nur aufgrund von Planungsdaten, die er 2010 für 2011 aufgestellt habe, einbringe. Auch bis zur Kreistagssitzung am 15. Dezember 2010 werden keine belastbaren Zahlen vorliegen. Mit der ersten Hochrechnung und belastbaren Zahlen könne erst im Februar gerechnet werden.

Herr Melzner teilt ergänzend mit, dass es grundsätzlich möglich wäre, eine Hebesatzsatzung rückwirkend zu erlassen. Das sei aber wegen der einzuhaltenden Steuertermine und Bescheiderteilung problematisch. Deshalb appelliere er an die Vernunft und bitte darum, die Hebesatzsatzung in der letzten Ratssitzung dieses Jahres zu beschließen, damit sie vor dem 1. Januar 2011 veröffentlicht und rechtssicher bekanntgemacht werden kann.

Er habe schon angekündigt, so Herr Schlieker, dass er einer maßvollen Erhöhung zustimmen könne, allerdings nur als letztes Mittel. Jetzt sei es aber so weit, dass dieses letzte Mittel gezogen werden müsse, um handlungsfähig zu bleiben. Er könnte sich vorstellen, heute einen Beschlussvorschlag für den Rat zu fassen und falls sich keine gravierenden Änderungen mehr ergeben, im Dezember die Hebesatzsatzung zu verabschieden.

Herr Geuking macht noch einmal seine ablehnende Haltung zur Anhebung der Steuerhebesätze deutlich.

Schließlich fasst Frau Dirks zusammen, dass die Mehrheit wohl die Auffassung vertrete, dass man grundsätzlich nicht um Steuererhöhungen herum kommen werde. Um aber eine Signalwirkung zu erzeugen, soll

heute kein Beschlussvorschlag für den Rat gefasst werden.

#### **4. Mitteilungen**

##### **4.1. Kreuzungsbereich L 506/L 550 bei Tombrink - Herr Messing**

Herr Messing bezieht sich auf eine Anfrage von Herrn Kösters, ob der Kreuzungsbereich als Unfallschwerpunkt eingestuft worden sei und welche Veränderungen in dem Fall vorgesehen seien und teilt mit, dass der Unfallschwerpunkt im Fokus der Unfallkommission sei. In Kürze werde ein Termin der Kommission vor Ort stattfinden, bei dem dann mögliche Maßnahmen besprochen werden.

##### **4.2. Unfall im Bereich Mühlendamm - Herr Messing**

Herr Messing bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Kösters, ob im Bereich Mühlendamm, wo sich vor kurzem der schwere Unfall ereignet habe, die Geschwindigkeit reduziert werden kann und teilt hierzu mit, dass die Unfallkommission im Rahmen der Besichtigung des nahe gelegenen Kreuzungsbereiches L 506/L 550 auch diesen Bereich begutachten und über weitere Maßnahmen entscheiden werde.

#### **5. Anfragen**

##### **5.1. Liste über noch nicht beantwortete Anfragen - Herr Heuermann**

Herr Heuermann führt an, dass offene Anfragen der Rats- und Ausschussmitglieder in einer Liste aufgeführt und diese Liste der Niederschrift beigelegt werden sollte. Er erkundigt sich nach dem Sachstand.

Frau Dirks räumt ein, dass die Verwaltung hier im Rückstand sei.

##### **5.2. Finanzierung der Billerbecker Musikschule e. V.**

Herr Schlieker erkundigt sich, ob die Billerbecker Musikschule e. V. Gelder der Stadt erhalte.

Das wird von Frau Dirks verneint. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass zum Schuljahr 2010/11 die Billerbecker Musikschule e. V. in die kommunale Musikschule übergegangen sei.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin